

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 3,00 M. mit Beirgerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Vorsatzzeile 30 Wp.
Die Restzeile 100 Wp.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Uttenhausen, Hömberg, Eifenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 36.

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Bahn).

Dienstag, 30. März 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Zur Tagesgeschichte.

Aburteilung der Kapprebell.

Dem Reichsrat ist durch Justizminister Schiffer ein Gesetzentwurf betreffend die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte zugegangen. Nach § 1 des Gesetzes steht die Aburteilung, auch soweit es sich um Militärpersonen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu, und zwar sind die Strafkammern zuständig. Nach § 2 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Bayerns neuer Ministerpräsident.

Gustav v. Kahr, der neue bayerische Ministerpräsident, der sich selbst als politisch unbeschriebenes Blatt, als „politischer Neuling“ bezeichnet, ist in Wahrheit nicht nur einer der geschicktesten, sondern auch einflussreichsten Männer, die Bayern im Laufe der letzten Jahrzehnte gesehen hat. Er ist der Typ des gewiegten alten Diplomaten, der in der Schule, dessen Stärke in der Behandlung der Menschen, ihren Schwächen und Tugenden besteht. Unter dem Ministerium Soden war v. Kahr als Staatsrat der bayerischen Regierung im Ministerium des Innern. Obwohl mit stark kaiserlich-parlamentarischen Einschlag, hält v. Kahr an der Aufrechterhaltung der Reichseinheit fest, unter dem liberalen Ministerium des Innern Breitscheid nahm er seinen Abschied, wahrte sich aber seinen Einfluss durch seinen ehemaligen Freund, Helfer und Untergeordneten, der als Handelsminister noch in das sozialistische Ministerium hinüberging. In der Dessenität ist v. Kahr bisher nur bei gänzlich unpolitischen Anlässen hervorgetreten. Um so stärker war sein innerer Einfluss, bei dessen Durchsetzung ihm eine gewisse Bonhomie und seine jovial behäbige Natürlichkeit gut zu statten kommt. Kahr begann seine rasche glänzende Karriere als Bezirksamtmann in Kaufbeuren. Sein Vater war Präsident des Verwaltungsgerichtshofes. Ins Ministerium des Innern berufen, machte er rasch Karriere und erhielt als Staatsrat im ordentlichen Dienst den persönlichen Adel sowie den Ehrendoktor der Technischen Hochschule in München.

Die „Humanität“ zur Schuldfrage.

Die Ereignisse in Deutschland haben insofern auch auf Frankreich eingewirkt, als diejenigen Parteien, die schon früher antimilitaristisch waren, nunmehr mit verstärkter Gewalt Propaganda gegen das französische Clemenceau von neuem aufnehmen. Bezeichnend hierfür ist die Behandlung des Prozesses Caillaux in der linken Presse. So schreibt die „Humanität“ in einem Leitartikel u. a.:

„Denn schließlich, ob man es zugeben will oder nicht, vertritt Caillaux den Frieden gegen den Krieg. Er ist der Vertreter der Politik einer Annäherung mit Deutschland, also der einzigen Politik, die diesen Krieg hätte vermeiden können. Caillaux stellt vielleicht selbst den Frieden dar, der nach der Marne-Schlacht möglich gewesen wäre. Er stellt die Möglichkeit der Friedensunterhandlungen mit Deutschland vor, denn mit ihm hätte man schließlich unterhandeln sollen während des Krieges, wenn nicht mit unseren Gegnern. Caillaux bedeutet eine Million von Franzosen, die vor dem Tod verschont

geblieben wären! Kurz, Caillaux hätte unser Land vor dem Ruin retten können. Dessentwegen haben wir ihn auch gegen die schmachliche Ungerechtigkeit verteidigt, deren Opfer er geworden ist. Dessentwegen hat sich nicht nur unser Gewissen, sondern auch unser Herz für ihn erklärt. Möge er sich jetzt seinerseits als Ankläger offenbaren, möge er gegen alle diejenigen auftreten, die seit 1911 Frankreich zum Abgrund des Jahres 1914 geführt haben. Möge aus dem Caillaux-Prozess der Prozess der Ursachen und der Verantwortlichkeiten für diesen Krieg hervorgehen, der Prozess gegen diejenigen, die an der Verlängerung dieses Krieges schuld sind.“

Weiter erinnert die Zeitung daran, daß Wilson selbst während seiner Abwesenheit in Frankreich folgendes gesagt: „Sie in Frankreich haben einen einzigen Finanzmann, der fähig wäre, das französische Volk vor einer finanziellen Katastrophe zu bewahren, und dies ist Caillaux.“

Amerika und Deutschland.

Dem Repräsentantenhaus ging ein Gesetzentwurf zu, der zu einem Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ermächtigt.

Vierlei Nachrichten.

Vom früheren Kronprinzen.

Die niederländischen Behörden haben die Maßregeln zur Bewachung des ehemaligen deutschen Kronprinzen auf der Insel Bliedingen neuerdings erheblich verschärft. Nach Mitteilungen holländischer Blätter ist im Hafen von Den Oever auf Bliedingen ein von einem Leutnant zur See befehligter und mit 16 Matrosen bemannter Torpedojäger der niederländischen Marine eingetroffen, der den Bewachungsdienst zu übernehmen hat. Der Kronprinz hat dem Bürgermeister von Bliedingen und der Polizei die Erklärung abgegeben, daß er nicht daran denke, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Bliedingen zu verlassen.

Feinere Parlamentarier.

Die Kammer hat mit 374 gegen 133 Stimmen ein Gesetz angenommen, durch das vom 1. März 1920 an jedem Senator und Abgeordneten in Anbetracht der Verdoppelung der Kosten des Ausenthalts, für Briefwechsel und andere mit der Ausübung der gesetzgeberischen Tätigkeit zusammenhängenden Unkosten ein besonderer Zuschuß von 1000 Franken monatlich gewährt werden soll. Die Kammer lehnte mit 400 gegen 16 Stimmen einen Antrag auf Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten ab.

Damit erhält also jetzt jeder französische Parlamentarier eine jährliche Aufwandsentschädigung von 30000 Francs. In deutsches Geld umgerechnet, wären das nach dem heutigen Kurs ungefähr 180000 Mark. Das ist die höchste Summe, die den Mitgliedern irgend eines Parlaments gezahlt wird; sie ist auch höher als die Entschädigung der amerikanischen Kongressmitglieder, die bisher am besten „bezahlt“ waren. Sie erhalten 5000 Dollar jährlich, 20 Cents für eine englische Meile Reisegelder und 125 Dollar für Schreibmaterialien und Zeitungen. Erst der heutige Kursstand des Dollars würde diesen Betrag über die entsprechenden europäischen Summen hinausheben.

Die Entente und die Türkei.

Bei dem Empfang der Abgeordneten des indischen Nationalrats, die unter Führung von Mohammed Ali stehen, gab Lloyd George eine Erklärung über die Politik der Alliierten gegenüber der Türkei ab, in der er u. a. sagte: Wir sind in diesem Krieg nicht als Kreuzfahrer gegen den Islam gezogen. Ich verheiß nicht, daß Mohammed Ali verlangt, wir sollen die Türkei schonen. Dessenrecht wurde Gerechtigkeit zuteil, Deutschland wurde Gerechtigkeit zuteil. Warum sollte die Türkei frei ausgehen? Warum verurteilte sie uns in dem Kampfe um Leben und Tod, in dem für die Freiheit der Welt geführt wurde? Warum sollte sie sich jetzt als Feind der Alliierten darstellen? Ich wünsche, daß die indischen Mohammedaner sich recht klar machen, daß wir die Türkei nicht mit Strenge behandeln, weil sie mohammedanisch ist. Wir wenden auf die Türkei lediglich denselben Grundsatz an wie auf das große christliche Gemeinwesen Österreichs, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes. Die Araber haben ihre Unabhängigkeit gefordert und Faisal zum König von Arabien ausgerufen und verlangt, sie von der türkischen Herrschaft zu befreien. Es wurde vorgeschlagen, die Araber unter der Herrschaft der Türkei zu lassen, nur weil sie Mohammedaner sind. Wir gaben Kroaten auf seinen Wunsch die Freiheit. Sollen wir den Arabern etwas aufzwingen, was wir nicht einmal im Traume einem christlichen Gemeinwesen zumuten würden?

Die Befreiung Konstantinopels und die Verhaftung der hervorragenden Nationalistenführer hat wie eine kalte Dusche gewirkt. Die Regierung soll von den örtlichen Behörden in Anatolien die Auflösung der nationalistischen Truppen geordert haben. Mustafa Kemal Pascha scheint nicht nachgeben zu wollen.

Landwirtschaftliches.

Landwirtschaftlicher Arbeitsmangel. Je näher die Frühjahrssaatzeit heranrückt, desto unhaltbarer entwickeln sich die Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Arbeiterverteilung. Durch die sehr günstige Witterung im Laufe des Monats Februar hat ein überaus lebhafter Bedarf nach Arbeitskräften eingekehrt, dem in keiner Weise ein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Außerordentlich schwierig gestaltet sich die landwirtschaftliche Arbeiterbeschaffung in der Nähe großer Städte; selbst tüchtige landwirtschaftliche Kräfte wandern sich dort der Industrie zu, die im Vergleich zum Vorjahre in diesem Jahre viel aufnahmefähiger ist; dazu kommt noch, daß die industrielle Tätigkeit mit ihren hohen Lohnsummen und vor allem mit ihrer geregelten Arbeitszeit von den Angehörigen der wirtschaftlich überaus erstarnten kleinen und kleinsten Bauernbetriebe weit mehr bevorzugt wird, als die Arbeit auf den größeren Gütern. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen allgemeinen Arbeitsmarktlage stehen der Beschäftigung polnischer, vor allem weiblicher Arbeitskräfte grundsätzlich keine Bedenken entgegen. Größere Güter haben denn auch bereits auf eigene Gefahr an der polnischen Grenze Arbeitskräfte anzuwerben versucht. Vereinzelt bieten sich auch Dorarbeiter mit polnischen Mädchen und Töchtern an. Eine befriedigende Lösung des landwirtschaftlichen Arbeiterproblems stellt allerdings diese Wei der

Im kranken Eternhaus.

Roman von E. v. Winterfeld-Warnow.

28

Gerard war jetzt endlich auch aus ihrem Schmolwinkel gekommen und stieg wie die anderen mit Doktor Jensen an. Dr. Jensen hatte seinen Schankstuhl verlassen. Die Götter lächelten sich an, und die Augen glänzten. Ja, Mai! Hier fand sie Jugend und Jugend!

Schmerzliche Worte und Rederei gingen noch eine ganze Weile hin und her. Die Geister des Weins hatten die Jungen gelöst. Auch Doktor Jensen wurde munter und lebhaft. Und als jemand meinte: „Wenn wir nun vergessen wollen, daß hier unser profanischer, der Arbeit gewidmeter Kanal ist, so können wir denken, dort unten fliehe der Rhein oder die Weser. Und das Wehr rauchte dazu. Eigentlich mühten wir jetzt die Lorelei singen. Dann ist die Stimmung erst, wie sie beim Deutschen sein muß, wenn er Matbowle trinkt.“

Statt dessen intonierte Doktor Jensen mit schöner, weicher Baritonstimme das alte Lied von der Weser: „Hier hab' ich so manches liebe Mal mit meiner Laute gespielt.“

Und unten rauchte das ferne Wehr, wie es im Liede heißt. Und in den letzten Worten: „Fahrt wohl, ihr Träume der Liebe.“ Klang alles aus, was ihn heute abend bewegte und mit dem er nun für immer abschließen wollte.

Wie war in ihrer Jugend nicht gerade ein Engel gewesen. Sie war auch fast keine verträgliche Natur. Mit den andern Mädchen des Brachmannschen Hauses lag sie oft im Fieber. Das waren ihre Fehler. Dagegen aber wogen ihre guten Seiten doch sehr schwer: ihre unbestechliche Treue und Aufhänglichkeit an die Familie Brachmann, ihr Fleiß und ihr Eifer, ihre Unermüdlichkeit im Dienst. Darum hatte sie auch so lange auf einer Stelle ausgehalten. Und diesen, in heutiger Zeit seltenen Fall hatte der Vaterländische Frauenverein mit einer Brosche und einem hübschen Erinnerungsblatt gekrönt, das unter Glas und Rahmen in Riekes Stube hing.

Jetzt war die Alte Giske nachgefolgt. Seit kurzer Zeit führte sie ihr mit gewohnter Pflichttreue den kleinen Haushalt. Besonders für die leiblichen Bedürfnisse sorgte sie, wie immer, tadellos.

Früher hatte sie es verstanden, auch für ein bedrücktes

Gemüt mit ihrem derben, Humor zur rechten Zeit ein aufheiterndes Wortchen bei der Hand zu haben. Das fehlte Giske jetzt sehr. Rieke schien ihr bedrückt zu sein. Sie war still, und wenn Giske ihre alte Rieke nicht so genau gekannt hätte, so würde sie gesagt haben, sie sei launisch.

Aber das gab es bei Rieke nicht. Und so machte sich Giske schon im stillen Gedanken darüber. Taugte es doch nicht, einen alten Baum noch zu verpflanzen? Die Fiegelei lag ja so lässlich. Vielleicht konnte die Alte sich nicht an das Stadtleben gewöhnen.

Giske hätte ein aufheiterndes Wort jetzt nötig gehabt! Sie fand sich selbst so schwer zurecht. In Berlin hatte sie doch einige Menschen gehabt, die ihr lieb waren. Hier hatte sie niemand.

Jedem konnte sie sich noch nicht einmal in ihrer Kunst betätigen.

Der Direktor ließ sie einstweilen nicht auftreten. Sie war ein überzähliges Mitglied. Und der alte Stamm ließ sie nicht auskommen. Giske verstand es auch so gar nicht, sich mit den Kolleginnen auf guten Fuß zu setzen. Sie mochte den flotten Ton nicht. Sie fand es gräßlich, daß alle sich duzten. So galt sie für hochmütig und stand bald ganz isoliert, fühlte sich vereinsamt und vernachlässigt.

Die erste tragische Sängerin argwöhnte außerdem, daß ihr in Giske eine schwere Gefahr erwachen könnte, und suchte sie deshalb doppelt fern zu halten. Das Schlimmste war, daß Giske gar keine Bühnenträume besaß. Als sie wirklich einmal spielen sollte, sagte ihr der Regisseur, daß sie ja nicht einmal gehen und stehen könnte. Und doch fühlte Giske, daß sie in leidenschaftlichen, großen Rollen auch spielen könnte. Sie wußte, daß sie ihre Stimmkraft vergessen würde, sobald die Leidenschaft, das Gefühl sie mit sich fortgerissen. Aber diese Rollen vertraute man ihr nicht an. Statt dessen hatte man ihr das Bärchen in „Figaros Hochzeit“ zuerteilt. Sie sollte die Arie von der unglückseligen kleinen Nadel singen. Und sie hatte doch, so lange sie sie kannte, diese Arie selbst für eine sehr unglückselige Nachwerk gehalten, das einzig Mißlingende an dem sonst so herrlichen „Figaro“.

Sie hatte stets dieses Jammern um die verlorene kleine Nadel unglaublich lächerlich gefunden und die ganze Rolle des

Bärchens für komisch und kindisch. Sie paßte auch nicht dazu mit ihrer hohen, königlichen Erscheinung, sie wirkte edel und ungeschickt in dem Hofenostium, und ihre Stimme war viel zu groß für die kleine Arie.

So machte sie in der Rolle eine geradezu lächerliche Figur und keine Hand rührte sich nach ihrem Abgang. Wohl hatten einige Zuhörer gemeint: „Die Stimme ist übrigens schön!“ Aber gleich hieß es dagegen: „Wenn die Sängerin nur nicht so entsetzlich ungeschickt und hölzern wäre!“

Der Direktor war wütend. Nicht mal die kleine Rolle konnte sie geben! Da hatte ihm der Professor Hansen etwas Schönes ausgedacht! Na, vorläufig würde er diese Brachmann sicher nicht wieder auftreten lassen.

Giske sah daheim und grünte sich. Die Kritik hatte ihr auch noch gründlich die Meinung gesagt. „Solche unfertigen Talente sollen sich auf einer Schmierbühne engagieren lassen“, hieß es da. „Unser Theater ist dazu denn doch zu gut, wenn es auch kein Berlin und kein München ist.“

So wartete Giske vergeblich auf weitere Beschäftigung. Und das war ja auch ein pekuniärer Ausfall für sie. Denn wenn sie auch die feste, allerdings nur kleine Gage bezog, so fielen doch die Spielhonorare aus, sobald sie nicht auftrat. Die hier ziemlich kurze Sommerpause hatte Giske allein in einem kleinen Badeort an der Ostküste verbracht, wo sie nur der Erholung lebte. Jetzt war sie schon wieder einige Wochen in D. und hatte nur ein paar mal Statistinnenrollen gehabt. Das ging so nicht weiter. Endlich sagte sie sich ein Herz und ließ sich beim Direktor melden. Der war gerade sehr verstimmt und ägerlich. Seine Primadonna war eine sehr anspruchsvolle Dame, der bald dies, bald jenes nicht recht war. In solchen Fällen ließ sie sich ein ärztliches Attest ausstellen, daß sie nicht singen könne, und kein Witten, keine Macht der Welt bewog sie dann, aufzutreten.

Jetzt hatte sie ihrem Direktor eine Szene gemacht, daß sie die Hofe nicht mit Klauener zusammen singen wolle. Er habe sie mal in Leipzig bei einem Gastspiel so über die Achsel angeleiert, daß sie sich das nicht ein zweites Mal bieten lassen könne. Den Direktor brachte die Begehrung seiner Primadonna in eine böse Klemme. Er sah da und wußte nicht, was er machen sollte. Klauener hatte angelautet. 243,20

Arbeiterbeschaffung nicht dar. Es wird die Aufgabe des künftigen Landesamts für Arbeitsnachweis sein müssen, auf Grund eingehender Bedarfserhebungen und nach bestimmten Richtlinien auf diesem Gebiete ausgleichend zu wirken.

Das Chaos.

Die ganze Größe des Verbrechens, das Kapp und Genossen durch ihren wahnwitzigen Putsch in Berlin auf sich geladen haben, kann man erst allmählich überschauen, nachdem uns Kunde wird von den furchtbaren Folgen welche dieses tolle Unternehmen in den Industriezentren Deutschlands gezeitigt hat. Alles, was nach der Revolution vom 9. November 1918 notwendig eingebracht schien, ist wieder aus den Fugen. Räteorganisationen, Betriebsräte, Vollzugsräte, Arbeiterräte, Komitees der Volksbeauftragten, Komitees, bestehend aus den drei sozialistischen Parteien, Komitees, bestehend aus Vertretern der drei Koalitionsparteien, Komitees, bestehend aus Unabhängigen, Kommunisten und Syndikalistischen, Generalsirelleitungen, Gewerkschaftsleitungen, Reichswehr, Sicherheitswehr, Einwohnerwehr, sozialistische Arbeiterwehr, bewaffnete Proletariats, Zeitsfreiwillige, blaue und grüne Polizei dieses und noch vieles mehr wirbelt in den einzelnen Städten und Gegenden wild durcheinander. Deutschland ist wieder ein Bild des Jammers geworden. Deutschland steht wieder am Rande des Abgrundes, vor dem vollständigen Chaos. Die alte Regierung, die jetzt glücklich ihre Konfuzierung Kapp los ist, befindet sich zwar wieder in Berlin, allein sie hat, da die Reichswehr als Instrument der „Reaktion“ verfaßt und verdächtig ist, zur Zeit eigentlich kein Mittel mehr, ihren Willen durchzusetzen und sich Autorität und Gehör zu verschaffen. Man sieht einseitig keinen anderen Ausweg als mit den toll gewordenen, von verbrecherischen Elementen verhetzten und verführten Massen zu verhandeln. Und das heißt etwas bei diesen Hunderten von verschiedenen Räten, Komitees, Organisationen, die wild durcheinander spielen. Der Generalsirelle, welcher die Revolution in Berlin zum Ersticken bringen sollte, hat zwar die Extremen von rechts zur baldigen Abdankung gezwungen, dafür aber die extremen Elemente von links, die Kommunisten, Spartakisten, Bolschewisten, Syndikalistischen, die Injassen der wieder geöffneten Gefängnisse, Diebe Räuber und Mörder freigesetzt. Es ist wieder — wesentlich auch als Folge des Generalsirelles — eine Stunde der Finsternis über unser armes Vaterland gekommen, in der das Verbrechen die Führung hat. Die Tiefe ist aufgewühlt und der Schlamm an die Oberfläche gewirbelt. Die „Diktatur von rechts“ ist einseitig gründlich erledigt; dafür droht aber noch eine viel furchtbarere, die „Diktatur von links“. Das Gehörchen „um des Gewissens willen“, hat man höhnisch und frivol als abgeschafft erklärt; nun bleibt eben nichts mehr als das Gehörchen „um der Gewalt willen“. Ein Gewalt-Regiment, ob von rechts oder von links, scheint bei solcher Geistesverfassung für viele der einzige Ausweg zu sein.

Keiner kann uns sagen, was noch kommt. Wir haben nur die Hoffnung, daß das deutsche Volk trotz aller Not und allen namenlosen Elendes, welches der Krieg, die Hungerblockade, der harte Friede, die Revolution von links und von rechts über uns gebracht haben, in seinem tiefsten Innern noch soviel gesunde Kräfte birgt, daß es auch diese Stunde der Finsternis übersteht.

Die Kämpfe an der Ruhr.

Die Regierung.

Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung des Rheinlands und Westfalens nachstehenden Aufruf gerichtet: Der Anschlag der Reaktion ist zurückgewiesen. In gewalttätigem Aufstand hat das deutsche Volk die Putschisten in Berlin und im Lande hinweggeführt. Jetzt müssen, — wollen wir nicht ganz verfehlen — Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Zustand zurückgeführt werden. Das ist jedoch bisher nur an einigen Stellen des Landes erfolgt. So finden auch im Ruhrbezirk noch Kampfhandlungen von Arbeitstruppen statt, die sich gegen Teile der Reichswehr richten und im Falle weiterer Entwicklung ernste Gefahren für unser Land bringen können. Die Kampfhandlungen sind unberechtigt, da die Reaktion von rechts erledigt ist. Wir betonen mit aller Schärfe daß gegen die verantwortlichen Putschisten mit der äußersten Gefesstrenge vorgegangen wird. Die Truppen, die an dem Putsch beteiligt waren, werden aufgelöst. Die jetzt dort befindlichen Truppen und Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben Vertrauen zu der Regierung. Der Kampf gegen diese Truppen ist daher nicht ein solcher zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Freiheit, sondern ein Kampf gegen die staatliche Autorität.

Um weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern und geordnete Zustände herbeizuführen, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, zwei Minister zu entsenden, die an den Verhandlungen in Bielefeld mit den Vertretern aller Parteien teilgenommen haben. Die Verhandlungen hatten im wesentlichen folgendes Ergebnis: Eintreten für die in Berlin mit den Gewerkschaften verhandelten Punkte Bürgschaften für die Verfassung der am Kapp-Unternehmen Schuldigen; Durchführung der Maßnahmen, die eine Wiederkehr solcher Putsche verhindern; stärkere Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Regierung; Zusage der Amnestie für alle diejenigen, die sich für die republikanische Freiheit schlugen, sofern sie die Waffen abgegeben und die Arbeit wieder aufnehmen.

Obwohl sofort vereinbart worden war, jede Kampfhandlung zu unterlassen, haben die Arbeitstruppen unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrruppen in Wesel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß mit aller Schärfe verurteilt werden. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht Vernunft annimmt und sich von den umfänglichsten Elementen, die Sonderinteressen verfolgen, freimacht, so muß die schwerste Gefahr für das Industriegebiet und damit für das ganze Vaterland heraufbeschworen werden. Wir fordern alle besonnenen Arbeiter und die sonstigen dort im Kampfe stehenden Personen auf, sich nicht weiter mißbrauchen zu lassen, sondern unserem Rufe zu folgen, jede Kampfhandlung einzustellen sofort zur Arbeit zurückzukehren und die Waffen ordnungsgemäß wieder abzuliefern. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitstruppen schädigen das Volk und Vaterland auf schwerste. Sie müssen deshalb, wenn nichts anders hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben. Arbeiter und Bürger des Ruhrbezirks! Wir rufen Euch zur Besonnenheit und zur Rückkehr zur Arbeit, denn nur so schützt Ihr Freiheit und Ordnung.

Die Reichsregierung: (gez.) Bauer.

Ich erkläre für die mit unterzeichneten Offiziere, daß wir fest zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.

(gez.) General Watter.

Die Kämpfe um Wesel.

Trotz der Bielefelder Abmachungen wird der Kampf von der Roten Armee fortgesetzt, die besonders das Bestreben hat, Wesel in ihre Hand zu bringen. Wesel ist im Süden und Osten eingeschlossen. Meldungen über den bereits erfolgten Fall, scheinen sich nicht zu bestätigen. Auch auf andern Teilen der Kampffront scheinen wieder Bewegungen im Gange zu sein. Die Fernsprekämter Dortmund, Neudlinghausen, Horst-Emscher und Duisburg-Nord haben ihren Betrieb eingestellt, so daß von dort aus Nachrichten über die Lage nicht zu erlangen sind.

Der rote Terror.

Aus Wesel wird gemeldet: Bei einem Vorstoß der Truppen in der Richtung auf Friedrichsfeld wurden einige Sanitätsmannschaften der Roten Armee gefangen genommen, die u. a. folgendes ausgaben:

1. Johanna Reuter, geboren am 27. Dezember 1901, Arbeiterin, zuletzt in Arbeit bei einem Unternehmer in Hamborn: Ich war am 22. März zum Rathaus in Hamborn gegangen, um einen Ausreisepaß nach Bayern zu bekommen. Dort wurde ich mit Gewalt festgehalten, bekam eine Rote-Kreuz-Binde und einen Ausweis als Pflegerin. In Hamborn wurde ich bis gestern festgehalten und dann mit 30 bis 35 Frauen gegen unseren Willen zur Front gegen Wesel gefahren. Während des Gefechtes heute morgen wurden wir, weil wir uns weigerten, vorzugehen, erschossen. Verpflegung gab es nicht; ich habe seit gestern morgen nichts gegessen. Die Truppe ist heute morgen, weil sie keine Verpflegung bekam, zurückgegangen und hat ihre sämtlichen Waffen liegen gelassen. Die Maschinengewehre wurden an einem Hügel, wo ein großer Baum steht, eingegraben. Unter den Soldaten befinden sich viele, die zwangsweise eingezogen waren: Jhnen wurde gedroht falls sie nicht mitgingen, würden sie keine Arbeit mehr bekommen. Alles, was sich widersetzte, wurde erschossen.

2. Jakob Walter, geboren am 30. November 1899 in Köln, Beruf: stud. med., wohnhaft Duisburg: Ich bin auf Grund eines Aufrufs, der von einem Arzt, der dem Vollzugsamt in Duisburg angehört, unterzeichnet war, zur Roten Armee als Krankenpfleger eingetreten. Am 14. März, nachmittags, bin ich mit einem Wagen, in dem sich weitere vier Pfleger und sechs Pflegerinnen befanden, an der Front eingetroffen. Unter den Mannschaften an der hiesigen Front bei Lipperdors herrschte Uneinigkeit. Es wurde über die Führer geklagt. Verpflegung habe ich einmal bekommen, Suppe aus einer Feldküche. Große Angriffslust ist nicht vorhanden.

Die übrigen Gefangenen, meist Bergleute aus der Essener Gegend, äußern sich ähnlich. Die Angaben über Kopfstärke der auf roter Seite kämpfenden Verbände weichen sehr voneinander ab und sind daher unzuverlässig. Die Zusammenfassung und Auswahl dieses Sanitätspersonals ist charakteristisch für die Organisation der Roten Armee. Außer dem Studenten machten alle anderen Leute einen gänzlich verkommenen Eindruck. Von irgendwelcher Sanitätsausbildung hatten diese Individuen keinen Schimmer. Das Kräfteverhältnis der beiden Gegner scheint sich sehr zugunsten der Regierungstruppen zu verschieben, deren Zuversicht stetig zunimmt, während die Rote Armee ansehend zu zerbröckeln beginnt. Bei Peddenberg, östlich von Wesel, wollten 300 Spartakisten die Waffen strecken. Ein Teil dieser Leute ist schon in der Richtung auf Scherbeck abgezogen. Die Beschießung der Stadt ist heute schwächer: nachmittags lagen einzelne Schüsse in den Hauptstraßen.

In Duisburg wurden Flugblätter verteilt, die zum Austritt aus der Roten Armee aufforderten. Der revolutionäre Vollzugsrat gibt bekannt, daß sich die Verfasser, Druckleger und Verbreiter solcher Flugchriften des „Hochverrats“ schuldig machten und standrechtlich abgeurteilt würden.

Die neue Regierung.

Die Bildung einer Regierung Bauer ist in letzter Stunde an dem Widerstand des Gewerkschaftsbundes gescheitert. Von dieser Seite wurde das Verbleiben des Demokraten Schiffer, der bekanntlich in den kritischen Tagen in Berlin mit Kapp und Gen. Verhandlungen geführt hat, abgelehnt. Daraufhin überreichte Reichsminister Bauer dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts. Nach der Ablehnung Legiens hat der frühere Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller die Bildung der neuen Regierung übernommen. Unter Vorbehalt geben wir folgende Namen wieder, die nach den Beratungen der Fraktionen in parlamentarischen Kreisen als die der aussichtsreichsten Kandidaten genannt werden: Reichsminister: Hermann Müller (Soz.); Justizminister: Dr. Haas (Dem.); Reichswehrminister: Dr. Seidler (Dem.); Schatzminister: Dr. Wirth (Ztr.); Wirtschaftsminister: Robert Schmidt (Soz.); Arbeitsminister: Bauer (Z.) Ueber die Besetzung des Ministeriums des Auswärtigen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es ist bis zur Stunde noch offen, ob es von den Demokraten oder den Sozialdemokraten besetzt werden wird; von der sozialistischen Seite werden Graf Bernstorff und Graf Rantzau genannt. Das Wiederaufbauministerium soll der Sozialdemokrat Silberschmidt erhalten. Vom Reichswirtschaftsministerium soll ein besonderes Ministerium für Landwirtschafts- und Ernährungsfragen abgetrennt werden; dafür soll das Zentrum den Minister stellen.

Lloyd George gegen Asquith, Die europäische Krise.

„Telegraph“ meldet aus London: Asquith eröffnete im englischen Unterhaus die Debatte über die allgemeine Lage in Europa. Er bat die Regierung um Auskunft über die Lage in Deutschland.

Hierauf besprach er die türkische Frage. Er erklärte, seitdem der mohammedanische Welt bekannt gegeben worden sei, daß der Sultan aus Konstantinopel vertrieben werden solle, sei es aus politischen Gründen schwierig, diesen Beschluß zu widerrufen. Asquith befaßte sich dann mit der furchtbaren Lage in Oesterreich, wo die Krankehäuser seit Monaten ohne Medizin, die Wohnungen ohne Brennstoff und die Kinder ohne Schutzwehr seien. Zum Schluß verwies Asquith auf die Notwendigkeit, den vorläufigen Feinden, Deutschland inbegriffen, wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage seien, die angerichteten Kriegsschäden zu bezahlen.

Lloyd George (Arbeiterpartei) schloß sich den Darlegungen Asquiths an. Er erklärte, die reaktionäre Bewegung in Deutschland habe bewiesen, wie gefährlich es sei, ein ganzes Volk ohne die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu lassen.

Lloyd George ging ausführlich auf alle Punkte ein. Er sagte, es sei ein Glück, und zwar nicht allein für Deutschland, daß der monarchistische Putsch mißglückt sei. Die Verzögerung in der Lösung der türkischen Frage erklärte er mit der Tatsache, daß Präsident Wilson in vergangenen Sommer darum ersucht habe, mit der Lösung zu warten, bis er die Amerikaner darüber gefragt habe. Lloyd George sagte, es sei schwierig, Konstantinopel unter internationale Verwaltung zu stellen. Das Versprechen, daß der Sultan im Besitz der Stadt bleibe, wenn die Christenmorde aufhören würden, würde einen großen Einfluß ausüben. Hierauf befaßte sich der Premierminister mit der Lage in Mitteleuropa. Er führte aus, man habe Deutschland mehrmals mit Krediten geholfen. Solange aber keine Ruhe und Ordnung in Deutschland herrsche, habe alles seinen Zweck. Im weiteren Verlauf seiner Rede setzte sich Lloyd George ausführlich für Frankreich ein, das diesen Krieg nicht gewollt, aber im Verhältnis mehr Schätze verloren habe, als alle anderen beteiligten Staaten, das seine Industriegebiete verloren und für die Wiederherstellung trotzdem so viel bezahlen müsse, als Deutschland verpflichtet worden sei. Warum Frankreich aus reiner Menschenliebe seine Rechte auf Entschädigung aufgeben solle, sehe er nicht ein; es bestehe gar kein Grund dafür, eine Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Er sagte, dem Versailler Vertrag zufolge solle Deutschland selbst die Festlegung des angerichteten Schadens und der Entschädigungssumme, die es zu vergüten imstande sei, vornehmen. Bisher habe dies Deutschland jedoch noch nicht getan. Es liege im Interesse aller, daß der Industrie Deutschlands wieder geholfen werde. Wenn Deutschland Kredit nötig habe, so solle es angeben, wieviel. Wenn die Sache Deutschlands geordnet sei, werde sie erwogen.

Zur Tagesgeschichte

Die Schieber-Einfuhr.

Nach einer Meldung der „B. P. N.“ wird in einer der nächsten Nummern des Reichsgesetzblattes die Verordnung über die Regelung der Einfuhr in ihrer neuen Fassung veröffentlicht werden. Durch die Abänderung der Verordnung vom 16. Januar 1917 sollen auch die Waren im Westen, Norden und Osten geschlossen werden. Wie bekannt, wird der Zugriff auf verbotenerweise hereingebrachte Waren auch im Innern des Reichs ermöglicht werden. Die rückwirkende Kraft ist allerdings im Interesse des realen Handels für die Dauer einer Uebergangszeit, bis zum 15. Juli, aufgeschoben worden. Waren in den Innern des Landes sollen nur dann für verfallen erklärt werden, wenn zuverlässige Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie erst nach dem 6. Februar eingeführt wurden.

Die Reichs-Eisenbahn.

Der preussische Landesversammlung ist der Gesetzentwurf, betreffend den Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich über die Uebernahme der preussischen Staatsbahnen auf das Reich zugegangen. Darnach gehen die Staatsbahnen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg am 1. April 1920 in das Eigentum des Reichs über, das die Eisenbahnen mit allem Zubehör und Betriebsmitteln übernimmt. Als Abfindung gewährt das Reich den Ländern nach besonderer Berechnung den Betrag des Anlagekapital nach dem Stand vom 31. März 1920 oder den Betrag des Anlagekapitals nach dem Stand vom 31. März 1920, erhöht um die Hälfte des Betrags um den der nach den Ergebnissen der Rechnungsjahre 1913 bis 1917 ermittelte Ertragswert des Anlagekapital übersteigt, sowie in beiden Fällen der Satz der Fehlbeträge, die bei den Eisenbahnverwaltungen der Länder in der Zeit von Beginn des Rechnungsjahres 1914 bis 31. März 1920 entstanden sind. Die Feststellung der Abfindung erfolgt, sobald die Rechnungsergebnisse vorliegen. In den wesentlichen Bestimmungen ist noch die zu erwähnen, daß das Reich die Reichseisenbahnen als einheitliche Betriebsanstalten verwaltet.

Merlei Nachrichten.

Offensive der Bolschewisten.

Am 13. März, dem Tage des Berliner Putsches, hat wie man der „Münsterischen Zeitung“ schreibt, in Warschau eine Konferenz der linksradikalen Führer stattgefunden, an der außer 50 bis 60 Vertretern aus dem ganzen russischen westfälischen Industriebezirk auch drei russische Offiziere der Bolschewikenarmee teilgenommen hätten. Es sei die Festlegung der Roten Armee und die jetzt in die Tat umgesetzten Pläne mit einem Angriff gegen Wesel und Münster in allen Einzelheiten beraten worden. Mit dem Marsch der Roten Armee solle ein Angriff der russischen Armee gegen Polen Hand in Hand gehen. Trotski gab im Juli vor den Toren Berlins zu sein. Der Kampf solle nach bolschewistischer Taktik geführt werden. Die bisherigen Ereignisse scheinen die Richtigkeit der Meldung zu bestätigen.

Der „Telegraph“ meldet aus London: Man vermutet, daß ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen der russischen Bolschewisten an der polnischen Front besteht. Der Warschauer Korrespondent der „Times“ meldet: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 560 Kilometern dauert an. Die Angriffe im Mosyr-Abchnitt sind wieder aufgenommen worden. Auch an der rumänischen Grenze wird heftig gekämpft.

Deutsches-polnischer Zwischenfall.

Wie die Danziger Blätter melden, kam es auf dem Bahnhof Hohenstein bei Dirschau zu einem Zwischenfall mit polnischen Soldaten und deutscher Gendarmen. Ein von Berent kommender Güterzug traf mit 15 polnischen Soldaten, die nach Dirschau wollten, auf die Führung eines Offiziers in Hohenstein ein. Der Zug sollte eigentlich über Polnisch-Stargard gehen, um nicht das Freistadtgebiet zu berühren. Das polnische Militär hatte sich in die Wartekäume begeben. Der Offizier machte den polnischen Offizier auf das Verbot für polnische Soldaten im Freistadtgebiet aufmerksam. Der Offizier weigerte sich jedoch, dieser Aufforderung Folge zu geben, worauf sich ein Wortwechsel entspann, in dessen Verlauf es zu einer Schieberei kam. Der Gendarm wurde dabei schwer verletzt. Polnische Soldaten wurden zwei Mann getötet und zwei schwer verletzt.

zwischen wurde vom Bahnhof Hohenstein Hilfe von der
Sicherheitswehr in Danzig angefordert und ein Kom-
mando sofort nach Hohenstein entsandt und auch der Bahn-
hof Dirschau erhielt telephonisch Kenntnis von dem Vor-
fall. Von hier aus wurde ein Zug mit Sanitätsmaterial
sowie zum Abholen des polnischen Militärs entsandt. Der
Gendarm soll bereits geflohen sein. Die vorgenannten
amtlichen Verhandlungen über die Schuldfrage, deutsch-
seits wie polnischseits sind noch nicht abgeschlossen.

Vermischtes.

Das erste Papiergeld. Während des Krieges ge-
gen Granada unter Ferdinands und Isabellas Regierung,
so berichtet der Chronist, verteidigte Graf Iñaz Lopez de
Tendilla die Festung Alhama. Die Belagerung dauerte
lange, die Zufuhr war von allen Seiten abgeschnitten, die
Kriegskasse erschöpft und die Soldaten unwillig darüber,
daß sie schon längere Zeit keinen Sold mehr bekommen
hatten. Um einer Meuterei vorzubeugen, rief Tendilla seine
Truppen zusammen und erklärte ihnen, daß er sichere
Nachricht habe, daß der Kaiser bereit sei, unterwegs sei. Bis
zu seiner Ankunft wolle er ihnen Zettel mit seiner Unter-
schrift geben, auf denen nach Verschiedenheit der Bedürf-
nisse kleinere und größere Geldbeträge verzeichnet ständen,
und die der Bürger statt des Geldes annehmen müsse.
Hierauf gab Tendilla dem Magistrat der Stadt die feier-
liche Versicherung, daß dieses Papiergeld gegen geprägtes
Metall eingelöst werde. Die Bürger vertrauten dem Wort
des Feldherrn und der Soldat sah gute Tage. Als dann
die Stadt eingenommen wurde, wurde auch das Papiergeld wirk-
lich eingelöst.

Von Nah und Fern.

Nassau, 29. März. Gewerbetreibende werden
darauf hingewiesen, daß am Dienstag, den 30. März, vorm.
8½ und 10½ Uhr, in Diez im „Hof von Holland“ die Wahl
der Mitglieder des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklassen
3 und 4 stattfindet.

Nassau, 29. März. Ein schöner, herrlicher Sports-
tag, der auch den verwöhntesten Sportsfreund auf seine Ko-
ssen kommen ließ, bot der rührige und tatkräftige Sport-
verein „Nassovia“ seinen Nassauer Freunden und Anhängern.
Er hatte im Verbandswettspiel den Limburger Sportverein
1919 zu Gast und führte ein in Nassau selten gesehenes,
sportlich und technisch schönes Spiel vor. Die zweite Mann-
schaft Nassaus mußte sich im Gesellschaftsspiel gegen die gleiche
Mannschaft Limburgs mit 2:0 geschlagen bekennen. Amtenlose
Stille herrschte auf dem von Hunderten von Zuschauern um-
schäumten Platz, als die erste Mannschaft Nassovias, gegen
die erste Limburgs zum Verbandswettspiel antrat. Das
Spiel das von dem Verbandschiedsrichter Zell-Niederlahn-
stein in einwandfreier Weise geleitet wurde, ließ deutlich eine
Ueberlegenheit Nassaus zutage treten. Ein beispiellos harter
Kampf führte von Tor zu Tor und trotz größten beiderseiti-
gen Anstrengungen geht es mit 0:0 in die Pause. Nach
Wiederbeginn zieht Nassau mächtig vor des Gegners Tor und
in der 58. Minute gelingt es „Nassovia“ im Anschluß an einen
einen Eckball die Führung zu übernehmen. Limburg sucht mit
allen Kräften gleich zu ziehen, aber Nassaus Hintermannschaft ist
auf der Hut und weig jeden Durchbruch der äußerst flinken
Limburger Stürmerreihe zu unterbinden. Nicht endenwollen-
der Jubel ertönte, als Nassaus Stürmerreihe im Endspurt
alles aus sich herausgab, immer wieder vor des Gegners Tor
zog und mit prachtvollem Schusse einlieferte und somit das
Spiel 2:0 zugunsten Nassaus stellte. Die Mannschaft: Tor:
Weiß Anton, Verteidiger: Riehl Josef, Langhammer Fritz,
Läufer: Kreuhler Hermann, Kurz Christian, Müller Albert,
Stürmer: Kettenbach Fritz, Schaub Otto, Weiß Willi, Höfer
Albert, Spriesterbach Emil, hat in dem herrlichen Spiele die
Qualifikation gegeben, in dem Bezirke „Lahn“ des westdeut-
schen Spielverbandes eine führende Rolle zu spielen.

Nassau, 28. März. Das gestern hier stattgefundene
Wettspiel der 1. Faustballmannschaft der Turngemeinde gegen
die des Turnvereins Weinähr endete mit 39:23 Punkten zu
Gunsten Nassaus; anschließend traten die beiden Faustball-
mannschaften zum Spiel an. Försch ging die neugegründete
Nassauer Mannschaft vor und gewann das Spiel mit 4:0 Toren.

Bergn.-Scheuern, 29. März. Am Ostermontag,
abends 8 Uhr, wird der hiesige Gesangsverein im Hotel „Bel-
levue“ ein Konzert mit darauffolgendem Ball veranstalten.

J.-Nr. 2. 3479.

Diez, den 23. März 1920.

Bekanntmachung

Betrifft: Brot- und Mehlpreisfestsetzung.
Infolge der gesteigerten Produktionskosten sind die
Bäckermeister nicht mehr in der Lage, die Brotbereitung zu
den bisherigen Höchstpreisen vornehmen zu können.

Der Kreisausschuß hat daher nach Anhörung des Ver-
waltungsausschusses auf Grund der §§ 59, 60 und 80 der
Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni
1919 - R.G.-Bl. S. 535-562 - mit Wirkung vom Mon-
tag, den 29. März d. Js. ab für den Unterlahnkreis die
Brot- und Mehlpreise wie folgt festgesetzt:

1. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen, 4 Pfd. schwer,
2,40 Mk.
2. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen, 2 Pfd. schwer,
1,25 Mk.
3. für Weizenbrot, am ersten Tage gewogen, 4 Pfd.
schwer, 2,50 Mk.
4. für Weizenbrot für Kranke, am ersten Tage gewogen,
1400 Gramm schwer, 2,20 Mk.
5. für Brötchen, frisch 70 Gr. schwer 0,15 Mk.
6. für Roggenmehl, das Pfund 0,60 Mk.
7. für Weizenmehl das Pfund 0,65 Mk.
8. für Weizenanstrichmehl, das Pfund 0,80 Mk.

Wer die Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis
bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk.
oder mit einem dieser Strafen bestraft.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.
Scheuern.

Polizeiverordnung

betr. Schutz der Weidenkähnen.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 13 der Verordnung über
die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen
vom 20. September 1867 (G.S. S. 1529) und der §§ 13
und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung
vom 30. Juli 1883 (G.S. S. 195) wird für den besetzten
Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden mit Zustimmung des
Bezirksausschusses folgendes verordnet:

§ 1. Das Abschneiden u. Abreißen von Weidenkähnen
und der Handel mit solchen ist ohne besondere ortspolizeiliche
Erlaubnis verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu
60 Mk., für die bei Zahlungsunvermögen für je 10 Mk. ein
Tag Haft zu treten hat, bestraft.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer
Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 11. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

1. 1077.

Diez, den 15. März 1920.

Vorstehende Polizeiverordnung bringe ich hiermit zur
allgemeinen Kenntnis.

Veranlassung zu dem Verbot ist der Umstand gewesen,
daß die Weidenkähnen in erheblichem Umfange vom Publi-
kum abgerissen werden und zu Blumengebinden und Kränzen
Verwendung finden, wodurch sie ihrer natürlichen Bestimmung,
den Bienen die erste und allernotwendigste Frühlings-
kost zu geben, entzogen werden. Der Bienenzucht wird hier-
durch großer Schaden zugefügt, da die Brutentwicklung der
Bienen unter diesen Umständen in den Monaten März und
April unter Mangel an natürlicher Nahrung leiden muß.
Die Bestrebungen der Bienenzüchter, die Verbreitung und
Vermehrung der kähnentragenden Weiden durch Anpflanzen
an Hecken, Rainen, Brachland und Waldböden zu fördern,
wird durch das rücksichtslose Berauben der Büsche unwirk-
sam gemacht.

In besonderen Ausnahmefällen haben die Ortspolizei-
behörden die Ermächtigung nach § 1 der Verordnung Aus-
nahmen zuzulassen.

Der Landrat.

J. B.

Scheuern.

Wird veröffentlicht.

Nassau, 27. März 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

Hajencleaver.

Bekanntmachung.

Bei Eintritt der Dunkelheit haben sämtliche schulpflich-
tigen Kinder im Hause zu sein und dürfen die Straße nicht
mehr betreten. Bei Uebertretung haben die Eltern Strafen
zu gewärtigen.

Nassau, den 27. März 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Hajencleaver.

Bekanntmachung.

Im Stadtwald Nassau, Distrikt 6a und 27b befindet
sich Buchen- und Fichtenstochholz, welches wir gegen
Selbstwerbung abgegeben wollen. Bevor wir vorliegende Ge-
suche auswärtiger Käufer berücksichtigen, wird das Stochholz
hiesigen Einwohnern angeboten. Respektanten wollen sich bis
6. April, mittags 12 Uhr, melden.

Nassau, 27. März 1920.

Der Magistrat:

Hajencleaver.

Bekanntmachung.

Die Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 25.
März betreffend Erhöhung des Gemeindefiskus
zur Staatseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1919
von 280% auf 325% haben die Zustimmung des Bezirks-
ausschusses in Wiesbaden gefunden. Die Erhebung der Nach-
steuer von 45% erfolgt von allen Steuerpflichtigen, die für
das Jahr 1919 zur Einkommensteuer von 6 Mk. und darüber
veranlagt sind.

Nassau, 27. März 1920.

Der Magistrat:

Hajencleaver.

Bekanntmachung.

Das Standesamt ist zur Anmeldung von Totgebur-
ten und Sterbefällen am Karfreitag von 9-9½ Uhr vor-
mittags geöffnet.

Nassau, 29. März 1920.

Der Standesbeamte:

Hajencleaver.

Nachrichten des Wirtschaftsamt des Stadt Nassau.

Rindfleisch.

Am Dienstag, den 30. März, nachmittags von
2 Uhr an wird im Freibankhof gegen Fleisch-
karte Rindfleisch verkauft. Preis 4,50 Mk. das
Pfund. Bezugsscheine werden am Dienstag, vor-
mittags von 8 Uhr an, im Rathause, Zimmer 1,
ausgegeben.

Fleisch.

Der Verkauf von Frischfleisch und Frisch-
wurst findet am Donnerstag, den 1. April in den
Mehlgereien L. Huth, Chr. Schulz, Geschwister
Huth, Geschwister Blank und L. Mühlstein statt.

Zwieback.

Für Kinder, Kranke und Personen über 60
Jahre steht Zwieback brotkartensfrei zur Ver-
fügung. Bezugsscheine werden nur am Diens-
tag, den 30. März, vormittags, auf dem Rat-
hause ausgegeben.

Teigwaren.

In den Geschäften von Karl Pebler, Kölner
Konsum und Konsumverein (Haus J. B. Kuhn)
werden bis einschl. 3. April auf Abschnitt 22 der
Lebensmittelkarte 250 Gramm Teigwaren aus-
gegeben. Preis 1,18 Mk. pro Pfund.

Griech.

Auf Abschnitt 23 der Lebensmittelkarte wer-
den bis einschl. 3. April in den Geschäften von
M. Trombetta, Ww. Buch und Auguste Bach 125
Gramm Griech ausgegeben. Preis 92 Pf. pro
Pfund.

Kunsthonig.

In den Geschäften von Joh. Egenolf, Ww.
Lorch und Ww. Strauß werden bis einschl. 3.
April auf Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte
166 Gramm Kunsthonig ausgegeben. Preis pro
Karte 1,30 Mk.

Gemüsekonserven.

Die Geschäfte Egenolf, Kölner Konsum, Buch
Theod. Ww., Strauß Rob. Ww. und Bach Auguste
haben durch unsere Vermittlung Gemüsekonserven
bezogen.

Thomasmehl.

Die Stadt erwartet in den nächsten Tagen eine
Sendung Thomasmehl. Bestellungen auf dem
Bürgermeisteramt, Zimmer 1.

Kali-Kainit.

Die Stadt erhält voraussichtlich in Kürze eine
Sendung Kali oder Kainit. Bestellungen auf dem
Rathaus, Zimmer 1.

Schäfergesellschaft Nassau.

Pferchversteigerung.

Mittwoch, den 31. März, abends 7½ Uhr, verstei-
gere ich in meiner Wohnung ca. 40 Nachten Pferd-
Zugleich werden die Schafhalter ersucht, pro Kopf ein Pferd-
pfahl an den Unterzeichneten abzuliefern.

Karl Schmidt, Vorsitzender.

Für die uns anlässlich der Konfirmation
unseres Sohnes Hermann dargebrachten Glück-
und Segenswünsche sagen auf diesem Wege herz-
lich Dank.

Familie Wilhelm Born.

Nassau, den 29. März 1920.

Dienstag eintreffend:

echte Lilienmilchseife

- in Originalpackung -

Bestens geeignet für Ostergeschenke

Frau Hedwig Braum

Damen-Griffier-Salon - Römerstraße 12

Gartenjäreien, blühende Stiefmütterchen, Bellid
u. a., Rhubarberpflanzen empfiehlt

Iherott, Nassau.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern

Deutsche Haushalt-Kernseife

Garantol zum Eier-Einlegen

Schlemmkreide

Reis

Wir suchen

PENSION

für einen Betriebsingenieur auf die Dauer von 6 Wochen.

Elisenhütte.

Deutsche Zigarettenfabrikate!

Haus Neuerburg:

Ravenklau, Hohlmundstück	15
Enzettiner, ohne Mundstück	20
Rammongold, Goldmundstück	30
Overstolz, Goldmundstück	40
Hausmarke, Goldmundstück	50

Menes Wiesbaden:

Freiherr von Alendorf, Hohlmundstück	12
M. W., ohne Mundstück	20
Stauffia, ohne Mundstück	25
Spadilla, Goldmundstück	20
Graf von Rothenburg, Goldmundstück	30

Waldorf Astoria:

Blaupunkt, ohne Mundstück	20
Hansa, ohne Mundstück	25
Cairo Gold, ohne Mundstück	30

Garbaty:

Meine Passion, Hohlmundstück	20
Liebesmahl, Hohlmundstück	25
S. C., ohne Mundstück	30
Feudal, ohne Mundstück	40

In Reiles- und Glodabroda-Zigaretten große Auswahl.

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt, Nassau.

Ia. Handkäse

frisch eingetroffen.

A. Hermes.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern:

Flüssig. Leim, echten Bindfaden, Fenster-
leder, Handwaschbürsten, elektr. Batterien,
weißen und schwarzen Nähzwirn.

Glas

zum Ausbessern der Gewäch-
shäuser u. Mistbeetfenster kann
noch abgegeben werden.

Näheres Expedition.

Stundenmädchen

für sofort für einige Wochen
ge sucht. Fr. von Hinüber.

Evangel. Kirchenchor. Mittwoch abend 8½ Uhr Gesangstunde.

Lebensmittelwaren

Mutteropritzen, Frauentropfen,

sanitäre Frauenartikel.

Anfragen erbeten an

Versandhaus Heusinger,

Orenden 712 :: Am See 37

Kleine Chronik.

Der gefährliche Huttererfah. Eine eigenartige Ursache für den in letzter Zeit viel beobachteten Stirnausschlag stellt Dr. Thebering in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ fest. Es kamen verschiedene Patienten zu ihm, die einen starken streifenförmigen Ausschlag auf der Stirn hatten. Wenn er den Kranken den Hut aufsetzen ließ, so war leicht festzustellen, daß der Ausschlag mit dem Hutrand abhien. Eine genauere Untersuchung ergab, daß die von dem Ausschlag Befallenen Hüte trugen, in denen das Hutter durch einen wachstuchartigen Stoff ersetzt war. „Die Kranken“, berichtet Dr. Thebering, „tragen die Signatur des Hutterwechsels deutlich auf der Stirn geschrieben und sind sehr erstaunt, wenn man ihnen diese Diagnose bereits beim Eintritt ins Sprechzimmer entgegenhält.“ Durch diese Beobachtung scheint einwandfrei erwiesen zu sein, daß Wachstum als Ersatz des Hutter ungesund und gefährlich ist.

35 Millionen Menschenverluste. Die „Studien-Gesellschaft für soziale Folgen des Krieges“ in Kopenhagen hat ein neues Bulletin herausgegeben: „Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg“ von Christian Döring. Diese statistische Studie, die auf eingehenden Berechnungen beruht, kommt zu dem tragischen Ergebnis, daß Europa vom Beginn des Krieges bis Mitte 1919 etwa 35 Millionen Menschen verloren hat, wovon 20 Millionen auf den Geburtenrückgang, der überall groß ist und 15 Millionen auf Kriegsgefallene und auf die vermehrte Sterblichkeit in der Heimat entfallen. Der Uberschuß des weiblichen Geschlechts in Europa hat sich von 5,2 auf 15 Millionen vermehrt.

Alkoholsehnsucht. Nach einem Bericht des „Nation“ aus New York ist der Gouverneur von New Jersey Edward Edwards, im Begriff, eine überaus populäre Persönlichkeit zu werden, weil er den Kampf gegen das amerikanische Alkoholverbot in aller Öffentlichkeit aufgenommen hat. Der Mut, mit dem Edwards für den mäßigen Alkoholgenuß eintritt, macht lebhaften Eindruck. Man spricht sogar davon, Edwards die Präsidentschaftskandidatur für die Demokratische Partei anzufragen.

Alle Wahrheit.

Die Gegenwart.

Von allem, was da vorgeht, bewegt mich nichts und Wunder mich nichts, und ich erwarte noch weit Heilvoller; denn ich glaube, unser Zeitalter als das Zeitalter der absoluten Verwesung aller Ideen faßsam begriffen zu haben. Dennoch bin ich fröhlichen Muts; denn ich weiß, daß nur aus dem vollkommenen Ersterben das neue Leben hervorgeht.

Die Morgenröte.

Bis jetzt ist die Menschheit in dem, was ihr not tut, sehr weit zurück; aber wenn mich nicht alles täuscht, ist jetzt der Zeitpunkt der hereinbrechenden Morgenröte, und der volle Tag wird ihr zu seiner Zeit folgen. Deine Weisen sind größtenteils noch blinde Leiter eines blinden Volkes, und deine Hirnen sollten mehr wissen? Richte.

Rechtspflege.

○ **Wuchergerichte.** Gegen die so viel angefochtene Wuchergerichtsordnung von November vorigen Jahres wendet sich jetzt auch der berühmte Berliner Strafrechtslehrer Prof. Kohlschlag im neuesten Heft der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Daß ein Sondergericht eingesetzt werde, welches in erster und letzter Instanz über seine eigene Zuständigkeit allein entscheide, sei schon eine Ungeheuerlichkeit. Daß aber vor diesem Sondergericht dem Angeklagten der doch auch unschuldig sein könnte, die wichtigsten Verteidigungsmittel abgeschnitten würden, sei völlig unbegreiflich in einer Zeit, in der wir uns daran machen, in einer neuen Strafprozessordnung diese Verteidigungsmittel noch zu erweitern. „Wenn es auch so geht, warum denn überhaupt den ganzen umständlichen Apparat des ordentlichen Strafprozesses beibehalten und gar noch weitere Garantien gegen Fehlurteile einbauen?“ Formell hält Kohlschlag die Verordnung in Übereinstimmung mit der jüngsten Entscheidung des Landgerichts 2 für ungültig, da sie in der Form des Gesetzes hätte erlassen werden dürfen nach dem Gesetz vom 17. 4. 19 nur solche Maßregeln getroffen werden, welche sich zur Regelung des Uberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend erweisen. Man könne aber nicht behaupten, daß die Ubergangswirtschaft geschädigt werde, wenn die Schieberdelikte vor dem ordentlichen Gericht in einem ordentlichen Verfahren abgeurteilt würden. Der Wunsch nach schnellerer Justiz bestche bei allen Verbrechen, bei Gewalttaten und Mordverbrechen erst recht. Er müsse aber vor den höheren Gesichtspunkten der Rechtssicherheit zurücktreten. Die Wuchergerichtsverordnung entspringe einer gewissen Bequemlichkeit, die wir uns im Kriege unter der Herrschaft des Belagerungsstandes angewöhnt haben. So gleiten wir langsam weiter hinunter auf der Bahn vermindelter persönlicher Rechtssicherheit, die wir im Kriege notwendig verlassen werden muß, wenn nicht zu dem wirtschaftlichen Elend sich ein Justizbankrott gesellen soll.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank.

%		Gold	Brief
4	Nass. Landesbank	103,--	103,--
3 1/2	do.	91,50	91,50
3 1/2	do.	87,--	87,--
3	do.	79,50	79,50
4	Frankf. Hyp.-Bank	104,75	104,75
3 1/2	do.	94,--	94,--
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	102,50	102,50
3 1/2	do.	—	—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	76,--	76,--
3 1/2	do.	67,10	67,10
3	do.	—	—
Devisen			
	Frankreich	523 1/2	524 1/2
	Holland	2747	2753
	Schweiz	1273 1/2	1276 1/2
	Schweden	1558 1/2	1560 1/2

Ein braves, ehrliches Mädchen

gegen hohen Lohn gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Igb.-Nr. 3724 E.

Öffentliche Bekanntmachung.

Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Auf Grund des § 22 Abs. 1 des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs werden hiermit alle Personen, deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 bis 30. Juni 1919 um mindestens 6000 Mark erhöht hat im Bezirke des Finanzamtes aufgefordert, ihre Steuererklärung nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 20. März 1920 bis 10. April 1920 schriftlich oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben und hierbei zu versichern, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen das vorgeschriebene Formular von heute ab in der Kanzlei des unterzeichneten Finanzamtes und bei den Gemeindebehörden kostenlos verabfolgt.

Ueber sämtliche Punkte des Bordrucks ist eine Erklärung abzugeben. Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen. Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Steuererklärung sind in den §§ 27, 28 des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht. Auch eine fahrlässige Zuwiderhandlung ist strafbar. Unrichtige Angaben erstattet auch derjenige, der Punkte des Bordrucks durchstreicht, obwohl er eine Erklärung hätte abgeben sollen. Unvollständig ist die Erklärung auch dann, wenn der Bordruck ganz oder teilweise nicht ausgefüllt wird. Die Prüfung, was steuerpflichtig ist und was nicht, steht dem Finanzamt, nicht dem Abgabepflichtigen zu.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Zwangsgeldstrafen zu der Abgabe angehalten, auch hat er einen Zuschlag der geschuldeten Steuer zu zahlen.

Die, den 20. März 1920.

Das Finanzamt.

An die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Sie werden ersucht, obige Aufforderung in Ihren Gemeinden mehrmals ortsüblich bekannt zu machen. Die Formulare für die Steuererklärung gehen Ihnen heute mittels besonderer Verfügung zu.

Die Steuerpflichtigen bitte ich noch besonders darauf hinzuweisen, daß und zwar nur in Einzelfällen, die Erklärungen auch an Amtsstelle (dem Finanzamt für den Unterlahnkreis in Diez) zu Protokoll abgegeben werden können. Allgemein kann aber hiervon nicht Gebrauch gemacht werden, da zur Zeit nicht nur für die einen so ausgedehnten Geschäftsbetrieb notwendigen Räume, sondern auch noch die für die Entgegennahme der Erklärungen erforderlichen Beamten fehlen. Es werden auch nur die Erklärungen solcher Personen zu Protokoll entgegengenommen, die spezifizierte Aufstellungen über ihr gesamtes in der Erklärung anzugebendes Vermögen mit zur Amtsstelle bringen. Dies gilt insbesondere:

1. von den über das Kapitalvermögen zu machenden Angaben,
 2. von dem seit dem 31. Dezember 1913 bis 30. Juni 1919 getätigten Käufen an Immobilien, totum und lebendem Betriebsinventar und, soweit Zurechnungen gemäß § 8 Ziffer 1-5 des Kriegsabgabegesetzes zu machen sind, auch für die hier besonders angeführten Fälle.
- Wer also z. B. über das Kapitalvermögen nicht ein spezifiziertes Kapitalverzeichnis und die Sparkassenbücher mit zur Amtsstelle bringt, hat nicht damit zu rechnen, daß seine Steuererklärung zu Protokoll entgegengenommen werden kann.

Die, den 20. März 1920.

Der Vorstand des Finanzamtes.

J. B.

Scheuern.

Veröffentlicht!

Nassau, 24. März 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung

zur Ausführung des Gesetzes über Steuernachschuß vom 3. Januar 1920 (Reichsgesetzblatt S. 45) vom 24. Februar 1920.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzuwiderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Vermögens gemäß dem Gesetz über Steuernachschuß abwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt anzugeben; dabei sind Vor- und Zunamen, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen.

Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig verschwiegen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

Berlin, den 24. Februar 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Igb.-Nr. 3717 E.

Die, den 17. März 1920.

An die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Vorstehende Bekanntmachung bitte ich in Ihrer Gemeinde in ortsüblicher Weise zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen. Ich nehme Bezug auf mein Ausschreiben vom 19. Februar 1920, Kreisblatt Nr. 24, und bitte die Steuerpflichtigen darauf hinzuweisen, daß alle Angaben, welche die Berichtigung früherer Erklärungen betreffen, bei dem Finanzamt für den Unterlahnkreis in Diez entweder schriftlich einzureichen oder daselbst bis zum 15. April 1920 zu Protokoll zu geben sind.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Steuerpflichtigen die Richtigkeit ihrer Angaben nachzumachen haben. Insbesondere ist der Nachweis zu erbringen, daß den Bestand des Vermögens am 31. Dezember 1913 und am 30. Juni 1919 durch Zu- und Abgänge entstandenen Veränderungen.

Nur diejenigen Steuerpflichtigen, welche bis zum April 1920 von den Wohltaen des Gesetzes über die Steuernachschuß Gebrauch gemacht haben, bleiben von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen und von der Nachzahlung von Staats- und Gemeindesteuern für die Zeit vor dem April 1915 frei.

Preuß. Staatssteueramt.

J. B.

Scheuern.

Veröffentlicht!

Nassau, 24. März 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung.

Gemäß Verpachtungsprotokoll vom 25. 2. 1918 ist die Pächter der Grundstücke auf dem Nassauer Berg verpflichtet, die auf den Grundstücken stehenden Bäume pflanzen zu behandeln und an Baumpfähle anzubinden. Besondere der letzten Verpflichtung haben eine Anzahl Pächter die Aufforderung bisher nicht entsprochen.

Zur Ausführung der Arbeiten wird letzte Frist auf April 1920 gesetzt. Sollten alsdann noch Pächter säumig sein, behält sich der Magistrat weitere Maßnahmen, evtl. Kündigung vor.

Nassau, 25. März 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom August 1888 wird hiermit angeordnet, daß die Tauben während der gegenwärtigen Saatzeit — vom 31. d. Mts. ab Wochen in den Taubenschlägen zu halten sind. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der vorbezeichneten Polizeiverordnung bestraft.

Nassau, 26. März 1920.

Die Polizeiverwaltung:

Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Termin zur Verlosung der Fischereischeine für Heiden oder Streichhamen ist auf Mittwoch, den 31. März d. J. mittags 12 Uhr, auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer Nr. 1 festgesetzt. Die Besteller wollen im Termin erscheinen, nicht erschienene oder vertretene Besteller scheiden bei der Verlosung aus.

Nassau, 26. März 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Nächster Eichtag: Dienstag, den 6. April d. J.

Nassau, 26. März 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Sandlagerplatz hinter dem Hotel Müller Hausmüll und dergleichen nicht abgelagert werden darf. Zuwiderhandlungen ziehen strengste Bestrafung nach sich.

Nassau, 26. März 1920.

Die Polizeiverwaltung:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Bekanntmachung.

Die in Distrikt Silzbach, Hohelaz, Siebener, Unterhähndchen und Sauhlche am 13. d. Mts. abgehaltene Holzversteigerung (Handwerkerholz) ist genehmigt worden. Die Ueberweisung des Holzes findet Mittwoch, den 31. d. Mts., vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle statt.

Nassau, 26. März 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Oster-Alttrappen

gefüllt mit Pralines.

August Hermani,

Bäckerei, Conditorei u. Cafe.

Brennholz! zu kaufen.

Waldbestände! zu kaufen.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.

Wittelsbacher Allee 4. Telefon Hanja 333.

M. Goldschmidt, Nassau

empfiehlt

prima Damast für Bettwäsche, Damasttischtücher, Crettons u. Halbleinen, Handtuchstoff, Viber (weiß und farbig).

Kleiderstoffe in prima Qualität.

Ein Küchenmädchen

zum 1. oder 15. April gesucht.

Hotel „Weilburger Hof“, Bad Ems.

Jüngerer Schlosser

zum Werkzeugmachen gesucht.

Schrauben- u. Mutterwerke Nassau, Twer & Co.